



Kairos Krieg

Mit Luftschlägen gegen Libyen hat die ägyptische Regierung Vergeltung für die Morde des »Islamischen Staats« an Kopten geübt. Eine militärische Eskalation ist absehbar.

Von Sofian Philipp Naceur

SEITE 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 3. MÄRZ 2015 · NR. 52 · 1,40 EURO · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Existenzfrage

Hartz IV: Welche Wohnkosten sind »angemessen«? Das Verfassungsgericht prüft

4

Rückkehrer

Uruguays neuer alter Präsident Vázquez will soziale Politik, ohne mit dem Kapitalismus zu brechen

6

Rechtsruck

Wahl in Estland: Bisherige Koalitionsparteien verlieren Mehrheit. Stimmungsmache gegen Russland

7

Kriegsgegner

Fritz J. Raddatz kann sich nicht mehr gegen Theo Sommers Nachrede wehren. Nachruf von Otto Köhler

11

Großoffensive gegen IS



Schiitische Kämpfer auf seiten der irakischen Regierungstruppen feuern nahe Tikrit eine Haubitze ab

AFP PHOTO/AMAD AL-RUBAYE

Irakische Armee und schiitische Milizen greifen Islamisten in Tikrit an. Bericht über Beteiligung iranischer Einheit. **Von Christian Selz**

Mit etwa 30.000 Soldaten, unterstützt von Kampffjets und Hubschraubern hat die irakische Armee am Montag morgen eine Großoffensive auf Tikrit begonnen. Die 170 Kilometer nördlich von Bagdad gelegene Stadt wird seit Juni vergangenen Jahres von der Dschihadistenorganisation »Islamischer Staat« (IS) kontrolliert. An dem Angriff auf die Islamisten beteiligten sich nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP auch Polizeikräfte und »freiwillige Kämpfer«. Wie die *New York Times* andeutete, hatten die USA die Offensive dagegen noch herauszögern wollen. Ob US-Einheiten dennoch an Luftangriffen auf Tikrit beteiligt waren, blieb am Montag unklar. Irakischen Medien zufolge rückten die Truppen bereits im Verlauf des Tages in den Ort Al-Dur südlich von Tikrit vor.

Der IS veröffentlichte im Internet jedoch Bilder, die das widerlegen sollten.

Tikrit, der Geburtsort des 2006 hingerichteten Expräsidenten Saddam Hussein, liegt an der Hauptverbindungsroute zwischen Bagdad und der Millionenstadt Mossul im ölreichen Norden des Landes. Die Metropole hatte der IS im Juni ebenfalls eingenommen, nachdem die irakischen Streitkräfte und kurdische Peschmerga-Truppen sie der Terrormiliz nahezu kampfflos überlassen hatten. Der jetzige Vorstoß auf Tikrit gilt als Voraussetzung für die Rückeroberung des Nordens. Vor der US-geführten Invasion 2003 hatte Tikrit 260.000 Einwohner und ist nach Mossul die zweitgrößte vom IS gehaltene Stadt, auch wenn das Gros der Bevölkerung inzwischen geflohen sein soll.

Wie die britische Tageszeitung

Guardian am Montag berichtete, rief der irakische Premierminister Haider Al-Abadi zu »größtmöglicher Sorge beim Schutz von zivilem Leben und Eigentum« auf. Al-Abadi hatte die Offensive am Sonntag in der zwischen Bagdad und Tikrit gelegenen Stadt Samarra angekündigt, wo der IS tags zuvor bei zwei Selbstmordanschlägen mindestens 14 Menschen getötet hatte. Seinem Aufruf waren Berichte vorausgegangen, wonach an der Offensive beteiligte schiitische Milizen sunnitische Zivilisten exekutiert haben sollen. Schiitische Kämpfer berichteten der britischen *BBC* derweil, der IS habe eine unbekannte Zahl von Jugendlichen als Geiseln genommen und drohe, diese zu töten, sollten die Einheiten der Regierungsoffensive in Tikrit einrücken.

Die Bevölkerung von Tikrit ist mehrheitlich sunnitisch. Etliche von lokalen Eliten kontrollierte Milizen hatten dort an der Seite des IS gekämpft und der Terrororganisation so maßgeblich die Einnahme der Gebiete ermöglicht. Al-Abadi versucht nun, die marginali-

sierten Sunniten wieder für seine Zentralregierung zu gewinnen. Die *New York Times* berichtete am Montag unter Berufung auf »irakische Offizielle«, dass an der Regierungsoffensive gegen den IS auch 700 bis 1.000 »sunnitische Stammeskämpfer« beteiligt seien. Al-Abadi hatte die sunnitischen Kämpfer in Tikrit am Sonntag aufgerufen, sich vom IS loszusagen und ihnen Straffreiheit angeboten, sollten sie diese »letzte Chance« nutzen.

Den größten Teil der von AFP als »freiwillige Kämpfer« zusammengefassten Verbände stellen jedoch die etwa 4.500 Mann starken schiitischen Milizen. Die *BBC* berichtete am Montag mit Verweis auf die Aussagen eines schiitischen Milizenkommandeurs gar, dass iranische Soldaten der Al-Quds-Einheit an der Offensive beteiligt seien. Teheran hatte bisher stets betont, lediglich Militärausbilder für die irakische Armee sowie für kurdische Peschmerga und schiitische Milizen ins Nachbarland entsandt zu haben.

■ Siehe Seite 3

Los Angeles: Polizei erschießt Obdachlosen

Los Angeles. US-Polizisten haben bei einer Auseinandersetzung in Los Angeles einen unbewaffneten Obdachlosen erschossen. Vier Polizisten hätten vor den tödlichen Schüssen mit dem Mann gerungen, berichtete die *Los Angeles Times* am Montag. Während des Kampfes soll der Obdachlose versucht haben, nach der Waffe eines der Polizisten zu greifen. Daraufhin sollen die Polizisten zunächst versucht haben, ihn mit einer Elektroschockpistole zu überwältigen, dann schossen sie. Die Beamten waren am Sonntag mittag wegen eines Raubüberfalls in die Nähe eines Obdachlosenasyls in einem Armenviertel gerufen worden und hatten versucht, den Mann festzunehmen. Augenzeugen sagten, der Obdachlose sei unbewaffnet gewesen. Am Tatort sei tatsächlich keine weitere Waffe gefunden worden, bestätigte ein Polizeisprecher. Zwei Polizisten wurden leicht verletzt. (dpa/jw)

Anzahl von »Stillen SMS« verfünffacht



Berlin. Die elektronische Bespitzelung durch Behörden der Bundesrepublik nimmt immer größere Ausmaße an. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleinen Anfrage der Linksfraktion hervor, die sich mit Einsätzen von sogenannten stillen SMS, WLAN-Catchern, IMSI-Catchern, Funkzellenabfragen sowie Software zur Bildersuche beschäftigt. »Stille SMS« etwa werden an Mobiltelefone verschickt, um diese über Abfragen bei den Mobilfunk Providern zu orten. Im zweiten Halbjahr 2014 wurden 142.108 »stille SMS«, im ersten Halbjahr rund 53.000 versandt. Im ersten Halbjahr 2013 lag der Wert noch bei 28.472. »Der Verfassungsschutz mutiert zum Spitzelapparat. Die geplante Ausweitung der computergestützten Spionagemethoden auch auf »soziale Netzwerke« muss verhindert werden«, kommentierte der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko (Linke). (jw)

jw wird herausgegeben von 1619 Genossinnen und Genossen (Stand 28.1.2015)
■ www.jungewelt.de/lpg

Warnstreik bei Essener Uniklinik

Öffentlicher Dienst der Länder: Nach gescheiterten Tarifverhandlungen nun Arbeitsniederlegung

Nachdem am Freitag in Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder kein zufriedenstellendes Ergebnis für die rund 800.000 dort Beschäftigten zustande kam, wird nun gestreikt. Am Montag trat die Belegschaft des Universitätsklinikums Essen in den Ausstand. In den kommenden Tagen wollen vor allem Lehrer die Arbeit niederlegen.

»Der Warnstreik hat Auswirkungen auf den gesamten Klinikbetrieb auf dem Campus an der Hufelandstraße«, warnte am Montag das Universitätsklinikum Essen auf seiner Website.

Mindestens 200 Beschäftigte des Krankenhauses beteiligten sich am Wochenanfang an einem Warnstreik, zu dem die Gewerkschaft ver.di aufgerufen hatte, darunter Angestellte aus den Bereichen Pflege, Transportdienst, Küche und Verwaltung aber auch Technik und Reinigungsdienst. Sogar Auszubildende beteiligten sich am Arbeitskampf, der von 5.30 Uhr am Montag morgen bis 7 Uhr am Dienstag andauerte.

In der Folge konnten weniger Operationen durchgeführt werden, auch die Patientenaufnahme musste be-

schränkt werden. Einer Gefährdung der Patienten war jedoch vorgebeugt worden: Die Gewerkschaft hatte vorab mit dem Klinikum eine sogenannte Notdienstvereinbarung getroffen und damit sichergestellt, dass »medizinische Notfälle weiterhin umfassend versorgt werden«, wie die Klinik berichtete.

Bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 16. und 17. März dürften weitere Streiks folgen. So wollen vom heutigen Dienstag an Lehrer in mehreren Bundesländern Warnstreiks durchführen. Deren Notwendigkeit machte

ver.di-Chef Frank Bsirske am Montag in der *Nordwest-Zeitung* erneut deutlich: Es könne nicht angehen, dass sich die Länder mit der Schuldenbremse selbst Fesseln anlegten und die Beschäftigten das dann ausbaden sollen, »zumal die Steuereinnahmen sprudeln«.

Die Beschäftigten kämpfen unter anderem um 5,5 Prozent mehr Lohn und eine bessere Altersvorsorge. Bei letzterer hatte hingegen die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) größere Einschnitte verlangt.

(dpa/jw)

